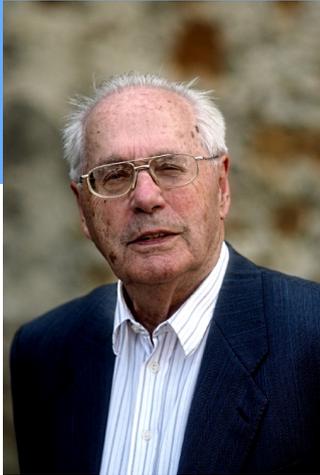


Keupers

kritischer

Kommentar



09-02-2017

September 2017

Prägt Nostalgie unsere Politik?

Dieses glaubt der Kampagnenexperte Frank Stauss, der für die SPD viele Wahlkämpfe gemanagt hat, aber nicht den Bundestagswahlkampf 2017 am 24. September, in einem Gespräch mit Lisa Caspari auf Zeit.de. „Wir erleben einen Wahlkampf für ein vergreisendes Deutschland, denn jeder zweite Wahlberechtigte ist über 52 Jahre alt. Auch viele Politiker und Journalisten sind ebenfalls in diesem Alter. Dieser Wahlkampf, (und auch die vorherrschende Politik in diesem Lande), sind auf den Status quo, auf Bestandsbewahrung ausgerichtet. Wichtige Zukunftsthemen spielen gar keine Rolle (und werden überhaupt nicht erörtert).“

Und auf die Frage von Frau Lisa Caspari: „Warum passiert das nicht?“, antwortet Frank Stauss: „Weil alle Politiker, die die gleichen Umfragen lesen sich denken, oh, die Leute haben Angst, dann muss ich ihnen mehr Sicherheit bieten!“

Auch soziale Gerechtigkeit schafft mehr „Innere Sicherheit“.

Es ist tatsächlich so, dass das Thema: „Innere und äußere Sicherheit“, durch die Medien oft überproportional hochgespielt, eine besondere Aktualität bekommen hat, wobei außen vorgelassen wird, dass auch hier eine Forderung nach mehr „sozialer Gerechtigkeit“ auch für Flüchtlinge und Migranten, ein nicht zu unterschätzender Faktor für mehr Sicherheit sein kann, ein nicht zu unterschätzender Faktor gegen Radikalisierung.

Das wir, in Folge einer neoliberalen, marktkonformen Politik a la Merkel, in eine Phase der wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Unsicherheit abgleiten, dürfte trotz entgegengesetzter positiver Meinungsmache der Medien, inzwischen den meisten Bürgerinnen und Bürgern bewusst sein, beziehungsweise wird eine solche Entwicklung von ihnen in etwa erahnt.

Damit ist aber die Bekämpfung wirtschaftlicher und gesellschaftlicher Ungerechtigkeiten, die Bekämpfung prekärer Verhältnisse und drohender Ausgrenzungen, auch für Flüchtlinge und Migranten, durch mehr sozialer Gerechtigkeit ein nicht nebensächlicher Faktor für mehr (soziale) Sicherheit. gegen Anomie und Apathie vor dem sozialen und gesellschaftlichen Ausschluss bis hin zum radikalen Fundamentalismus.

Ursachenbekämpfung ist die beste Problemlösung.

Doch wenn Frank Stauss bemängelt, dass oft bei der Gedankenarbeit für mehr soziale Gerechtigkeit mehr der Status quo im Blickfeld bleibt und weniger eine gewisse Zukunftsentwicklung, dann hat er durchaus recht, dem ist des öfteren tatsächlich so. Denn wird in der SPD über wirtschaftliche, soziale

und gesellschaftliche Probleme gesprochen, wird erörtert, wie diese unter aktuellen Aspekten gelöst werden könnten, dann wird oft weniger über die grundlegenden Ursachen der Probleme und deren zukünftigen Weiterentwicklungen nachgedacht. Das heißt, es wird lediglich versucht die aktuellen Probleme zu lösen, rein unter den heutigen Gesichtspunkten, unter Wahrung heutiger Ansprüche. Dabei wird übersehen oder vernachlässigt, dass eine Ursachenbekämpfung meist die Probleme grundsätzlicher beheben und dadurch zukünftige Entwicklungen besser berücksichtigen kann.

Die Ursache vieler Probleme in sozialer und gesellschaftlicher Hinsicht sind in der heutigen Arbeitswelt zu suchen. Faire und gerechte Entlohnung, langfristige oder zeitlich unbegrenzte Beschäftigungen, ein gesundes Verhältnis zwischen Arbeitsbelastung und „freier Zeit“, sind die Voraussetzung nicht nur für ein auskömmliches Einkommen, für eine solide und sorgenfreie Zukunftsplanung, sondern auch für ein verdientes „gutes Leben“ im Alter, oder eine fürsorgliche Versorgung bei Krankheit und Invalidität. Denn eine „gerechte Arbeitswelt“ ist die Voraussetzung für ein Gelingen des gesellschaftlichen, eines demokratischen Miteinander.

Dazu muss die Einflussnahme, die Durchsetzungsfähigkeit der Gewerkschaften und die Tarifgebundenheit der Arbeitsplätze gestärkt werden. Und die Gewerkschaften sollten, frei nach Oskar Negt, mehr Einflussmöglichkeiten über die Gestaltung der außerbetrieblichen Lebensgestaltung der hart arbeitenden Menschen, anstreben und wahrnehmen.

Die Forderung nach mehr sozialer Gerechtigkeit ist mehr als eine Wahlkampfparole.

Deswegen ist die Forderung von Martin Schulz, dass es Zeit ist für mehr soziale Gerechtigkeit, nicht nur eine Wahlkampfparole, sondern eine Botschaft an alle Bürgerinnen und Bürger im Lande, dass die Sozialdemokratie sich für mehr soziale Gerechtigkeit auch weiterhin einsetzen wird. Das die Zukunftsvision der SPD eine Bundesrepublik Deutschland, ein vereintes Europa ist, in welcher mehr soziale Gerechtigkeit und damit auch mehr Sicherheit das Ziel einer sozialdemokratischen Politik ist. Das will Martin Schulz, das will die SPD auch nach dem 24. September!

In diesem Sinne,

Wörrstadt, den 19. September 2017

Heinrich Keuper